

Mr Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postamtlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., anschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Saale-Zeitung.

Verpflicht. Jahrgang.

werden die Spaltenpreise aber beim Raum mit 30 Pfg., solche aber bei 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unterm Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.

Nr. 320.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 12. Juli

1906.

Die Voruntersuchung.

Für die bevorstehende Strafprozessreform bietet der Prozess gegen den Major v. Hanber, der gegenwärtig als Interesse weiterer Kreise in Anspruch nimmt, reiches Material; insbesondere werden die Mängel des gegenwärtigen Untersuchungsverfahrens scharf beleuchtet.

Es wäre dringend zu wünschen, daß bei dieser Reform zugleich eine gründliche Menderung der Bestimmungen über die Voruntersuchung vorgenommen wird. Wir haben zwar öffentlich mündliche Anlagungsverfahren, seit einiger Zeit sogar im Militärstrafprozess, wir haben aber daneben das geheime Inquisitionsverfahren in der Voruntersuchung mit allen seinen Schrecken, und diese sind uns in verschiedenen Prozessen der letzten Zeit recht lebhaft vor Augen getreten.

Freiwilligkeit haben diese Beschwerden auch in dem mit der Vorbereitung der Strafprozessreform betrauten Kommission Beachtung gefunden, aber was von dem Kommissionsantragungen vorgeschlagen wird, ist verhältnismäßig geringfügig und nicht geeignet, eine wirksame Abhilfe zu schaffen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Die Stadt Göttingen und die Gefürstete Grafschaft Hohenollern feiern am Montag das 200jährige Jubiläum ihrer ersten Subdignität für den König von Preußen.

Des Kaisers Nordlandstift.

Der deutsche Kaiser hat durch den deutschen Gesandten in Constantinople seine außerordentliche Verteidigung ansprechen lassen über die ihm während seines Besuchs in Brumstein von allen Seiten zuteil gewordenen Aufmerksamkeiten.

Kaiser Wilhelm und König Edward.

Der Kaiser hat am 12. Juli in Berlin dem Kaiser von England seine herzlichsten Glückwünsche zu dem 50. Geburtstag des Königs ausgesprochen.

Herr von Stundt und seine Freunde.

Die in ihrer Hingebung zum Ultramontanismus mit dem Katholizismus verknüpfte „Kreuzzeitung“ beschuldigt gegenüber einer abweichenden Kritik der „Allgemeinen Rundschau“ über die

Verleumdung des Schwarzen Adlers an Herrn Dr. Stundt den Minister einen Mann, der in langer mühevoller Arbeit ein Werk zutage gebracht hat, für das seit fünfzig Jahren alle seine Vorgänger vergeblich Mühen gemacht haben.

„Meine Herren, lassen Sie mich hier, es ist von diesem Plage gebe, noch ein kurzes Wort persönlicher Anerkennung für einen Mann aussprechen, dessen Verdienste um das Zustandekommen dieses Geleges nicht unterschätzt werden dürfen.“

„So bleibt da der Herr Minister, der das Geleg angeblich in langer, mühevoller Arbeit zutage gebracht hat?“ Wenn der Führer der den Minister nachstehenden Fraktion in Gegenwart dieses Ministers freilich betont, daß das Werk allein in Herrn Dr. Schwarzkopf an dem die Herr von Stundt selbst nicht teil hat, so ist das doch ein Beweis für die Wichtigkeit dieses Werkes, daß es diese Initiative wahrscheinlich macht.

Der deutsch-irische Handelsvertrag.

Die „Irish. Times“ aus Belfast schreibt, daß Deutschland der von der irischen Regierung vorgeschlagenen Erweiterung des deutsch-irischen Handelsvertrags nicht zustimmt.

Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin.

Die „Düffel-Zeit.“ erklärt, haben sich bei der Stettin-Berlin-Hohenzollern des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin in vielen Fällen erhebliche Schwierigkeiten wegen des Grundbesitzes herausgestellt. Diese und die Übernahme von sonstigen Bodenerwerbungen beanspruchten längere Zeit, so daß voraussichtlich mit der Bauausführung selbst erst im nächsten Jahre begonnen wird.

Die Verhandlungsgrenze bei Grundbünden.

Am letzten Tag der verflochtenen Landtagsession ist auch noch das Geleg betreffend die Zulassung einer Versuchsanstalt an der Grenze für land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke unter Dach und Fach gebracht worden. Von den Wirkungen des Gesetzes verdrängt sich aber niemand viel, selbst die Freunde der Vorlage sprechen nur von Bescheiden von einem Betrag von 1000 M., die als wichtiges Mittel zur Durchföhrung sollen nicht zur Verwendung kommen, was ja auch selbstverständlich ist, da die veränderten Landwirte nicht verlangen können, daß sie mit finanzieller Unterstützung ihre Schulden loswerden. Dagegen sollen die Grundbesitzer helfen, der Entschöndung entgegen zu treten. Hier besteht die Gefahr, daß die Grundbesitzer in zu hohen Maße helfen und die Vorlage einleiten und dann selbst der Entschöndung bedürfen. Mit Grundbesitzern ist Vorzicht bei Verhandlungen an dieser Stelle, und wenn im Abgeordnetenrat gelang würde ist: Mit übergroßer Anhänglichkeit können die Grundbesitzer ihre wirtschaftliche Aufgabe nicht erfüllen, so ist dagegen wohl nichts einzuwenden. Aber zwischen übergroßer Anhänglichkeit und der bei Verhandlungen durchzusetzen nötigen Kraft ist doch ein großer Unterschied. Es darf von vornherein nicht vernein werden, daß es sich durchweg um die Abholung von Schulden handelt, die über die Grenze hinausgehen, die man noch als normale Verbindlichkeit bezeichnen kann, in der Weltzahl der Fälle also um Leihen, die nicht wegzugehen, sondern nur Verwalter des Geldes ihrer Gläubiger sind. Mit der Vorlage besteht ein großer Unterschied, so wird es sich um Personalverträge, den ihm die Grundbesitzer gewähren, ermöglichen, vorwärts zu kommen und allmählich seine Schulden zu verringern. Dazu braucht er aber keine Entlohnung einer Verhandlungsgrenze in das Grundbuch, die ihn nur an der Befähigung über das Grundbuch bindet und einen Verkauf befehlen, der doch aus den verschiedensten Gründen notwendig sein kann, erzwungen. Der freie Verkehr auf der Grenze „Scholle“, mit diesen Worten fächerte sich Herr v. Boddebeck, einen guten Abgang am Schluß seiner Rede im Abgeordnetenrat. Es ist das gewiß ein höchst interessanteres Ziel, aber das jetzt verhandelte Geleg wird aus keinem der zur Zeit überhandnehmenden Grundworte einen solchen „freien Verkehr auf freier Scholle“ machen.

Deutsche Ortsnamen.

In den gemüthsruhigen Gegenden, wo durch die unabhängigen Behörden Festsetzungen über die Benennung von Ortschaften mit deutschen Ortsnamen erfolgten, ist es vielfach vorgekommen, daß sich einzelne Behörden noch längere Zeit der alten polnischen Benennungen bedienten, und daß besonders in Anbörten die Orts- und Gemeindevorstände sowie die Richteramt, so mit den alten Namen weiter verfahren. Solche Umstände sind geeignet, die Einbürgerung der neuen Benennungen zu erschweren; sie tragen vielfach dazu bei, daß die Landbewohner über die richtige Schreibweise der Ortsnamen in Zweifel geraten, und daß in vorwiegend polnischen Landesteilen die Benennung der Gemeinden der alten polnischen Benennungen mit Beharrlichkeit festsetzt. Ein Interesse einer schnellen Einbürgerung der unabhängigen Ortsbezeichnungen ersucht daher ein Verlaß des Kultusministers die Richter

der Dörfern, dafür Sorge zu tragen, daß sämtliche Behörden mit der anderweit festgesetzten Schreibweise gleichmäßig beginnen und daß auch die Richterämter sich nur nach der neuen Ortsbezeichnungen bedienen. Wenn auch die katholischen Kirchen vorläufig polnischer Sprache von Seiten der deutschen Ortsnamen auf den amtlichen Verkehr beizubehalten werden, eine Verordmung des Bischofs von Kulm macht ausdrücklich diesen Vorbehalt — so ist doch zu erwarten, daß der Zweck, den deutschen Bezeichnungen nach und nach auch im geschäftlichen und privaten Verkehr Eingang zu verschaffen, besser als bisher erreicht wird.

Alten-Zerlosn.

Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahl im Wahlkreise Alten-Zerlosn ist, wie schon in einem Teile der gestrigen Abend-Ausgabe der „Saale-Ztg.“ mitgeteilt, folgendes: Oberland (Zog.) 15,884, Blode (Zent.) 14,068 Stimmen. Dieser ist somit gewählt.

Ally Braun's Tagebuch.

über ihre „Reise“ nach England ist nun in der „Neuen Welt.“ veröffentlicht worden. Die Aufzeichnungen der „Genosin“ bieten bis auf zwei Stellen keinen Anlaß, daß der eine handelt es sich um Neugierigen John Burns, des englischen Arbeiter-Ministers, die von der Verfasserin im Hinblick auf ihren Streit mit dem „Vorwärts“ recht verunglückt weitergegeben werden:

„Ich bin nach wie vor ein guter Sozialist“, sagte Burns, „und was ich tue, geschieht nur von diesem einen Gesichtspunkt aus. Ich habe mir den für einen Sozialisten, der seine Ideen überall so verwirklicht hat, wie ich sie in meinem Tagesarbeit sieht, um einen Schritt breit weiter zu bewegen. Wer nur immer aufhört und schämt sich und kritisiert und davorhört — moralische — Bomben werft, ist nichts anderes, als ein Anarchist. Mich beschämen meine einzigen Freunde, und doch kommen sie alle zu mir, wenn sie etwas erreichen wollen, und das liegt in meinem Anteil ihr Schlimmes auf. Handeln — handeln — handeln — handeln, die anderen in die Denke meiner Überzeugung auch wider Willen hineinzuzwingen, das ist Politik.“

Das wird dem „Vorwärts“ wenig gefallen! Was aber mag er erst an Bernhard Shaw finden, dem die intrigante „Genosin“ folgende Bemerkungen über die deutsche Sozialdemokratie und ihre Zentralorgane entlockte:

„Wie ist die deutsche Partei so reaktionär. Und ein Beweis dafür ist, daß der „Vorwärts“, der mich häufig und dringend zur Mitarbeit aufgefordert hat, meine Artikel, als zu radikal, zurückweist, wenn ich sie wirklich einmal schreibe. Ich glaube, es liegt nur zu viel anwachsende Selbstzucht in der Partei, der den Blick für große politische Gesichtspunkte immer verdeckt.“

Und diesen Mann mag Ally Braun ihren „alten Freund“ zu nennen. So kann das nicht weitergehen!

Parlamentarisches.

Die württembergische Kammer der Stände des Herren stimmte der Deutschheit über die Reformenreform an und nahm den Gesetzentwurf betr. die Gewerbes- und Besatzungsordnung und betr. die Gewerbes- und Handelskassen einstimmig an. Der Landtag wurde sodann vertagt. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht ein gehobenes Schloß Friedrichshagen aus den Aufzeichnungen des Reichstags, in dem die Reichstags-Verhandlungen über die Gewerbes- und Handelskassen, worin der König den Minister an der Verlesung der Verfassungskommission, die dieser mit schätzenswerter Hingebung und selbst unter Hinzulegung seiner Gesundheit mit staatsmännlichem Geschick zu verwirklichen verstanden habe, aufrichtig beglückwünscht. Ihm seinen warmen Dank und seine volle Anerkennung aussprechend, und ihm unter der Versicherung, seinen fortwährenden Wohlwunsens bittet, als äußeres Zeichen seines dankbaren Gesinnung seine Bitte entgegenzunehmen.

Verwaltung und Rechtspflege.

Der Minister des Innern wies infolge mehrfacher Beschwerden die Behörden an, daß bei der Veröffentlichung der Verzeichnisse der Wahlberechtigten in Zukunft die Namen nicht mehr nach der Höhe der Steuerzahl, sondern im Interesse derer Geheimhaltung der Ergebnisse, auch der Steuerbesitzverteilung der Grundbesitzer, alphabetisch geordnet aufzuführen sind. Hinter den Namen sind in entsprechender Weise anzugeben: „Zur Grund- und Gebäudesteuer mit dem Betrage von mindestens 300 M. zc. veranlagt“ oder: „Wegen Grund- und Gebäudesteuer mit 300 M. veranlagt“. Diese Anordnung beschränkt sich nur auf eine Änderung der Struktur hinsichtlich der Veröffentlichung, und auch hinsichtlich der Führung der Listen der Wahlberechtigten.

Kommunales.

Die Oberfelder Stadtvordneten beschlossen die Einführung des Abendkloßes an Sonntagen um 1 Uhr.

Soziales.

Im Exerzium in Koburg soll demnächst eine unentgeltliche Volkshausarbeit aufgenommen mit dem Arbeiter-nachweis in Koburg erledigt werden, um der minderbestellten Bevölkerung bei Durchführung der sozialen Gesetzgebung behilflich zu sein und Ausfluß über die schwierige Arbeitsverhältnisse zu erhalten. Die Verwaltung sieht sich unter der Versicherung, seinen dankbaren Wohlwunsens bittet, als äußeres Zeichen seines dankbaren Gesinnung seine Bitte entgegenzunehmen.

Geschäftliches.

Der preussische Unterrichtsminister hat den Direktoren der Universitäten eine Überfahrt der an französischen Universitäten anfallen für 1906 geplanten Ferienreise mit dem Erlaubnis überlassen, sie zur Kenntnis der beteiligten Dozenten und der Studierenden zu bringen. Mitteilung über Ferienreisen in England und Schottland befragt sich der Minister vor.

Schulwesen.

Das Ministerium des Innern, Abteilung für Schulangelegenheiten, erläßt eine Verfügung, wonach die Schul-





